



Niederschrift

4. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. November 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

12.

Punkt 11 der Tagesordnung: Zuschlagskriterien für Schulverpflegung

Vorlage: 2019/0908

dazu:

Klimaneutrale Anlieferung

Ergänzungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2019/1190

Ergänzungsantrag: DIE LINKE.

Vorlage: 2019/1193

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Schulbeirat, die Zuschlagskriterien der Vergabe von Schulmittagessen auf die Wertung 50 Prozent Qualität und 50 Prozent Preis umzustellen und bei der Qualitätsbewertung neben dem Probeessen zusätzliche Kriterien zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 33 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt

Ergänzungsanträge: Weiterbehandlung im Hauptausschuss

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 11 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Schulbeirat.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Das Thema Schulverpflegung beschäftigt uns im Gemeinderat schon seit einiger Zeit. Die Klagen sind nicht abgerissen, dass das Essen schlecht schmeckt, dass es aus weiten Entfernungen kommt, dass es auch nicht den Bedürfnissen der Kinder entspricht usw. Wir haben immer wieder betont, dass wir unbedingt in die Qualitätsverbesserung gehen müssen. In der letzten Legislaturperiode haben wir GRÜNE den Antrag gestellt, mindestens 25 % Bio. Das wurde erfolgreich umgesetzt. Die SPD hat jetzt

den Antrag eingebracht, wir haben vorher schon darüber diskutiert, dass wir eine Verschiebung von mehr Qualität bei der Vergabe und weniger Wirtschaftlichkeit haben wollen. Das ist auch von der Stadtverwaltung akzeptiert worden und befindet sich in der Umsetzung.

Nun kommt aber eines noch dazu. Wir wollen auf jeden Fall noch weitere Qualitätskriterien in die Vergabe mit aufgenommen haben. Hier hat die Stadtverwaltung sehr sorgfältig Lösungen geschaffen, wie man anhand von sechs Qualitätskriterien, die in der Vorlage enthalten sind, in eine neue Vergabe gehen kann, mit der dann unser Ziel nachhaltig, gesund, mehr regional erreicht werden kann. Es ist jetzt nicht als Vergabe vorgeschrieben, weil es einfach aufgrund der Vergabekriterien nicht möglich ist, Regionalität vorzuschreiben. Aber die Vorlagen beinhalten auch, dass bei der Ausschreibung regionale Anbieter, regionale Caterer besser Chancen haben als früher, wenn sie diese Qualitätskriterien erfüllen. Mehr Bio, Vermeidung von Abfällen, mehr vegetarische Tage, weniger verarbeitete Lebensmittel. Das sind hervorragende Kriterien, die man mit Bonuspunkten belegen kann. Aufgrund dessen können wir erreichen, dass Anbieter, die genau in diese Richtung liefern wollen und regional tätig sind, eine Chance bekommen.

Wir haben jetzt noch diesen ergänzenden Antrag eingebracht, weil vor allem lange Anfahrtswege in Zeiten des Klimanotstandes wirklich ein Skandal sind und auch von den Schulen und den Schülerinnen und Schülern massiv kritisiert werden. Ich möchte einen Satz dazu sagen. Die Schülerinnen und Schüler des Max-Planck-Gymnasiums haben gesagt, wir streiken freitags für Klima und müssen eigentlich unser Schulessen bestreiken, weil dort das Essen aus Wiesbaden kommt. Das war ein wichtiger Satz. Deshalb ist uns wichtig, dass mit diesen Kriterien begonnen wird. Unser Ergänzungsantrag ist angenommen worden. Wir hoffen, dass wir bald die Umsetzung bekommen und dann die genaue Ausgestaltung auch noch einmal im Schulbeirat vorgestellt bekommen. Vielen Dank, wir sind soweit zufrieden und warten auf die Umsetzung.

Stadtrat Müller (CDU): Den Anspruch auf hohe Qualitätsstandards und eine qualifizierte Kontrolle dieser, sehen wir zunächst als Grundlage einer optimalen Schulverpflegung, der allein aufgrund einer Erweiterung des Ganztagsbetreuungsangebots in dieser Stadt eine immer wichtigere, immer elementarere Bedeutung zukommt. Die Bewertungsquotienten aus Qualität zu Preis bei einer nun zugrunde liegenden Bewertung von 50 : 50 %, also auch der tatsächliche Ausgleich zwischen beiden Bewertungsquotienten, halten wir für notwendig. Wir halten ihn auch für erforderlich, um eine bessere Qualität in der Schulverpflegung zu erhalten. Denn eine bestmögliche Qualität ist doch gerade der Sinn der ganzen Geschichte.

Klar ist aber auch, so meinen wir, dass bei einer Anhebung von Qualitätsstandards – das erleben wir auch in anderen Bereichen – in einem Vergabe- und Ausschreibungsverfahren es natürlich zwangsläufig zu Veränderungen kommen kann. Veränderungen hin zum Angebot als solches, aber auch zu der möglichen Anbieterzahl. Allerdings – da möchte ich der Kollegin Rastätter beipflichten – sehen wir damit einhergehend auch schon eine Chance, dass sich wieder ortsansässige beziehungsweise regionale Caterer an den Ausschreibungen beteiligen können und darüber hinaus auch die Möglichkeit haben, einen Zuschlag entsprechend ihrem Angebot zu erhalten, so dass die Produkte, die Schulverpflegung als solches, nicht nur den erhöhten Qualitätsstandards unterliegen, sondern letztendlich dann

auch anders als bisher aus der direkten Umgebung an die einzelnen Schulen zugeführt werden können.

Insgesamt sprechen wir uns für die Erhöhung der Qualitätsstandards und damit verbunden auch eine Anhebung der Angebotsvielfalt – wir haben es im vorherigen Beitrag schon gehört – aus, um eine größtmögliche – das ist am Schluss eigentlich das Wichtigste für uns – Akzeptanz der Schulverpflegung bei den Schülerinnen und Schülern zu erzielen.

Beide Ergänzungsanträge – abschließend – betrachte ich als erledigt.

Stadträtin Moser (SPD): Wenn es Kindern und Jugendlichen beim Mittagessen schmeckt, gehen sie gerne zum Essen und können danach zufrieden weitermachen. So ähnlich hat es eine Rektorin im Schulbeirat gesagt. Genau so möchten wir es haben. Im Februar wurde unser Antrag, die Zuschlagskriterien von 30 % Qualität auf 50 % zu erhöhen, behandelt. Heute können wir darüber befinden. Die Vergabekriterien waren unausgewogen. Das Mindeste ist, Qualität und Preis gleich zu gewichten. Dass Bonuspunkte vergeben werden, beispielsweise für einen höheren Bioanteil, Sondermenüs bei Lebensmittelunverträglichkeiten, die Verarbeitungsstufen der verwendeten Lebensmittel und Abfallvermeidung, sind Schritte in die richtige Richtung. Ich bin mit vielen Kriterien einverstanden und zufrieden, möchte allerdings nochmals fordern, wir haben das schön öfters hier besprochen, die Entfernung der Caterer ins Auge zu fassen. Es passt einfach nicht, dass wir uns ehrgeizige Klimaziele geben und dann Caterer bevorzugt werden müssen, die nicht aus der Umgebung kommen. Ich finde es gut, dass die GRÜNEN einen Antrag gestellt haben, der auch positiv beschieden wurde. So habe ich es zumindest der Stellungnahme entnommen.

Auch möchte ich einen Vorschlag aufgreifen, der im Schulbeirat geäußert wurde. Caterer von hier müssten zum Gespräch eingeladen werden, um zu erfahren, was diese leisten können. Das wäre vielleicht eine Möglichkeit, die Ausschreibungen passgenauer auszusprechen. Ich möchte anregen zu prüfen, die Vergabedauer von bisher vier Jahren zu verkürzen, damit schneller gegengesteuert werden kann. Die Zeit kann man wieder erhöhen, wenn der Anbieter zu aller Zufriedenheit arbeitet.

Ich bedanke mich bei allen Akteuren, die keine leichte Aufgabe hatten und haben werden, bis alles ausgearbeitet ist. Aber es sind auch Tausende Kinder und Jugendliche betroffen. Eltern erwarten zu Recht, dass ihre Kinder schmackhaftes und gesundes Essen bekommen.

Stadtrat Jooß (FDP): Auch für uns hat Qualität oberste Priorität. Aber wer definiert und bestimmt Qualität? Die Vorlage ist ein Regulierungsmonster ohne Ende, das durch den Einfluss von Grün-Rot zustande gekommen ist. Welcher regionale Bieter kann denn da noch mithalten? Kann man da noch einen Preis von 3,50 Euro für ein Essen halten? Der Preis wird verschwiegen in der Vorlage. Oder wollen wir das Schulessen noch stärker subventionieren? Ich bin zwar kein Däne, aber dort hat die Schulleitung, Eltern und Schüler, den Caterer in der Hand. Das ist echte Wahlvielfalt und Bürgernähe. Da können wir nur lernen.

Wir enthalten uns, nicht, weil wir kneifen wollen, sondern weil wir nicht wollen, dass unsere Schüler in den nächsten Wochen ohne Essen da stehen.

Stadtrat Schnell (AfD): Es hört sich erst einmal ganz toll und vernünftig an. Umstellung der Vergabekriterien für die Schulverpflegung hinsichtlich Preis und Qualität von 70 : 30

auf 50 : 50. Wer wollte schon gegen mehr Qualität sein? Der Nachsatz, „und bei der Qualitätsbewertung zusätzliche Kriterien zu berücksichtigen“, hat es jedoch in sich. So sollen etwa mehr Biolebensmittel in die Schulverpflegung. Dabei sind die per se weder besser schmeckend, auch ist ihr CO₂-Fußabdruck vielfach nicht besser sondern häufig sogar schlechter, als derjenige herkömmlich erzeugter Lebensmittel, die im Übrigen nicht gesundheitsschädlich sind. Ich zitiere aus der FAZ vom 2. August 2018: Satte 95 % der Bio-paprika auf dem deutschen Markt kommen zum Beispiel aus dem Ausland. Bei Tomaten beträgt der Anteil 88 %, 69 % sind es bei Zucchini, wie eine Auswertung des Branchen-dienstes AML zeigt. Gut jede zweite Möhre und jede dritte Kartoffel, die hierzulande in Bioqualität verkauft wird, ist im Ausland gewachsen. Diese Liste ließe sich noch lange fortführen.

Damit ist auch die Argumentation, der Caterer solle unbedingt aus der Region kommen, hinfällig. So lange die Lebensmittel nicht direkt in der Region erzeugt werden, ist es egal, ob zum Beispiel nach Frankfurt eingeflogenes Obst oder Gemüse von einem dort oder hier ansässigen Caterer verarbeitet und an die Karlsruher Schulen geliefert wird. Wenigstens singt die Vorlage der Verwaltung hierzu nicht auch noch das hohe Lied von zwangsweisen Veggie-Tagen. Somit werden alles in allem auch wir von der AfD hier nicht ablehnend votieren.

Zu den Änderungsanträgen: Der Änderungsantrag auf klimaneutrale Anlieferung findet bei uns keine Zustimmung, während derjenige zu den Arbeitsverhältnissen von uns positiv be-schieden werden wird.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Es ist wirklich so viel Dummheit dabei. Schadstoffe aus landwirtschaftlichen Produkten, die durch die Erzeugung als Rückstände in Lebensmitteln bleiben, können zwar Erwachsene ganz oft wegstecken. Aber bei Kindern kann es richtig Schaden erzeugen. Das kann sich auf den gesamten Organismus auswirken. Das kann sich auf die gesamte gesundheitliche Entwicklung eines Kindes auswirken. Deshalb ist es gerade bei Kindern wichtig, möglichst ohne große Belastungen Nahrungsmittel, Essen anzubie-ten. Aber das nur am Rande.

Ich finde es wichtig, dass wir von Seiten der Stadt diesen Schritt machen, 50 : 50. Qualität ist wirklich das A und O. Kinder gehen nicht Mittagessen, wenn es nicht schmeckt. Es schmeckt in der Regel dann, wenn es qualitativ hochwertig ist. Da komme ich jetzt zu un-serem Ergänzungsantrag. Wer liefert Qualität? Qualität liefern gut ausgebildete Mitarbeite-rinnen und Mitarbeiter. Die Qualifikation von Menschen in dieser Ernährungsbranche ist ein ganz wichtiges Merkmal dafür, dass am Ende auch das herauskommt, was Kinder schmeckt. Deshalb ist mir wichtig, dass wir zu den ökologischen Standards und auch, was die GRÜNEN noch mit eingereicht haben, zusätzlich das Thema Soziale Standards ein Stück mehr in den Vordergrund rücken. Denn auch damit ist Regionalität zu erzeugen. Allerdings nicht, wenn die Verwaltung sagt, der Antrag wäre damit erledigt, weil jeder Bieter die Zah-lung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachweisen muss.

In unserem Antrag geht es darum, dass neben dem Thema Landestariftreue und Mindest-lohngesetz der in der Branche vereinbarte Tarifvertrag des Hotel- und Gaststättenverban-des Baden-Württemberg, der mit der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten abge-schlossen ist, entsprechend angewendet wird. Das ist nämlich ein guter Tarifvertrag. Da haben die Menschen Rahmenbedingungen, in denen das Gehalt noch stimmt und in de-

nen auch Arbeitsbedingungen stimmen. Wenn natürlich diese Betriebe, die solche Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen für ihre Beschäftigten, Konkurrenz erhalten von Betrieben, die all das nicht berücksichtigen, dann haben wir das Problem, dass nicht regionale Betriebe den Zuschlag bekommen, sondern die, die mit ihrem Preis entsprechend billiger anbieten können. Das halte ich nicht für gut. Ich halte das Thema Regionalität für sehr wichtig. Deshalb bitte ich Sie auch um Unterstützung für unsere Intention, die ich gerne als Prüfauftrag mit in das gesamte Papier der Verwaltung aufnehmen lassen möchte.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Es könnte ein einfacher Antrag sein, wenn er später nicht kompliziert werden würde.

Erst einmal zur Vorlage. Es macht Sinn, die Kriterien, wie sie hier vorgelegt sind, 50 : 50, Preis und Qualität darzulegen. Über die Qualität kann ich leider keine Äußerung machen. Dann müsste die Küche schon vor Ort sein, wo ich schauen könnte, was in den Töpfen ist und mich verköstigen lassen. Das ist auch mein Redebeitrag. Ich würde mir wünschen, dass wir in absehbarer Zeit mittel- und langfristig uns überlegen, ob nicht die Küchen für die Schulen vor Ort in kommunaler Hand und von kommunalen Trägern geleitet werden. Dann hätten wir weder Probleme mit dem CO₂-Ausstoß, noch Probleme mit den Entfernungen, noch, ob das Bio aus Südafrika kommt oder sonstige. Denn wir könnten tatsächlich in die Töpfe schauen.

Frau Binder, Ihr Antrag ist smart. Nur, soweit ich weiß, werden die Ausschreibungen bundesweit getätigt. Mir wäre ein Anbieter aus Wörth lieber, als einer aus Wiesbaden. Aber Wörth liegt eben außerhalb unseres Tarifrahmens. Auch Hessen, zu dem Wiesbaden gehört, ist außerhalb. Aber Sie haben Recht, wir sollten tatsächlich darüber nachdenken. Wäre die Küche kommunal, hätten wir viel mehr Einfluss. Wir hatten im Ausschuss signalisiert, dass es eigentlich ein guter Weg ist. Vielleicht kommen wir auch dazu. In diesem Fall sehe ich es zwar nicht als erledigt, aber als Prüfauftrag, wie Frau Binder gesagt hat, auch der Antrag der GRÜNEN. Nur habe ich – die GRÜNEN sind dieses Mal unschuldig, es steht in der Antwort der Verwaltung – beim der CO₂-Abdruck immer ein Problem damit. Aber Ihr seid nicht schuld. Das stand in der Antwort der Verwaltung. Letztendlich bringt es einen immer etwas durcheinander, und man prüft, ob die Schuhe auch dicht sind. Denn wir wollen nicht, dass CO₂ austritt. In diesem Sinne Abstimmungsverhalten: Zwei Anträge als so weit erledigt und Verwaltungsvorlage Zustimmung.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich muss Frau Binder erwidern. Frau Binder, bevor Sie einem Kollegen Dummheit vorwerfen, sollten Sie zunächst seinem Beitrag richtig zugehört haben. Das war bei Ihnen vorhin offensichtlich nicht der Fall. Denn Herr Schnell hat ganz klar erklärt, dass für uns Qualität ganz wichtig ist. Er hat nur gesagt, dass in diesen Qualitätsbereich ein Faktor mit eingeflossen ist, der für aus unserer Sicht nicht für Qualität spricht, nämlich die Frage nach dem Biolabel. Er hat außerdem aufgezeigt, dass die drei Kriterien, die man anstrebt - einerseits Biolabel, andererseits lokal erzeugt und dann noch möglichst kleiner CO₂-Fußabdruck – meistens gegenseitig ausschließen. Das war seine Argumentation.

Wir wollen qualitativ hochwertige Schulverpflegung. Wir sind aber der Meinung, dass diese Kriterien übertrieben sind. Wichtig ist, dass es qualitativ gut ist, und dass es den Kindern schmeckt. Wir meinen, dass solche zusätzlichen Forderungen, wie geringer CO₂-Fußabdruck oder Biolabel, was an sich gar nichts über die Qualität der Lebensmittel aus-

sagt, nichts verloren haben. Wichtig ist, dass es den Kindern schmeckt. Ich weiß selbst als Vater, wie schlecht es ist, wenn die Kinder das Essen in der Schule oder im Schülerhort nicht essen, so wie ich es schon erlebt habe. Die Essen es nicht. Da ist es egal, ob es jetzt CO₂-verträglich ist oder Biolabel hat. Wenn es nicht schmeckt, essen sie es nicht. Dann können sie sich nachmittags nicht konzentrieren. Dann kommen sie abends nach Hause, sind ausgehungert und von den Hausaufgaben ist noch nichts geschafft. Deswegen muss die Qualität und der Geschmack aus unserer Sicht im Vordergrund stehen. Je qualitativ hochwertiger ein Essen ist, umso besser schmeckt es in der Regel auch.

Der Vorsitzende: Ich schlage Ihnen vor, dass wir jetzt trotzdem die Beschlussvorlage der Verwaltung abstimmen, dass wir die ganzen Ergänzungsanträge dann aber noch einmal – so wie wir es Ihnen vorgeschlagen haben – in den Hauptausschuss verweisen, wo wir noch einmal gemeinsam die Umsetzung diskutieren. Wir müssten jetzt zu weit ausholen. Wir haben sehr bewusst den Begriff CO₂-Fußabdruck verwendet und nicht Klimaneutralität. Denn wenn der aus Wiesbaden später etwas in den Artenschutzfonds einzahlt und sich damit klimaneutral macht, ist das nicht in Ihrem Sinne. Sie haben damit noch andere Qualität im Kopf.

Auch das, was Sie, Frau Stadträtin Binder, ausgeführt haben, müssen wir noch einmal diskutieren, inwieweit nicht das Tariftreugesetz genau das abbildet. Aber Sie sind in der Materie tiefer drin. Das mag ich hier erst einmal anerkennen.

Mein Vorschlag wäre, wir stimmen jetzt über die Beschlussvorlage der Verwaltung ab, die erst einmal nicht falsch ist, Ihnen aber teilweise nicht ausreichend erscheint. Dann diskutieren wir das in der praktischen Umsetzung noch einmal im Hauptausschuss. Wenn Sie so einverstanden wären, stelle ich jetzt nur die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung.

(Stadträtin Rastätter stimmt mit Nein; Heiterkeit)

Wir stellen gemeinsam fest, dass wir glauben, dass Frau Rastätter sich verwählt hat.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
20. Dezember 2019